

Sitz / Verbreitung	Bundesverband: Parchim Landesverband: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Dennis Giemsch bis 14. Oktober 2015, seitdem kommissarisch Michael Brück; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm
Mitglieder / Anhänger /	Bund: ca. 500 ➔ NRW: ca. 300 ➔
Unterstützer 2015	
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite dortmundecho.org als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.
Kurzportrait / Ziele	Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten. Die Rechte beteiligt sich hauptsächlich an der Parteidemokratie, um den vorteilhaften Parteienstatus zu erhalten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten. Die Partei Die Rechte zeichnet sich durch eine ideologische Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und aggressiv-kämpferisches Auftreten auf.

Finanzierung	Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten sowie Spenden
--------------	--

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte im September 2012 als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen am 23. August 2012. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen stellt somit eine Auffangorganisation für einen wesentlichen Teil der verbotenen Kameradschaften dar. So setzt sich die Führung des Landesverbandes aus den Anführern der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen, während die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften identisch sind.

Ein politischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist Fremdenfeindlichkeit. So zeichnet die Partei in ihrem Programm ein einseitiges negatives Bild von Migranten. In ihren Verlautbarungen stellt sie das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-Feind-Konstellation dar, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist vor allem eine pauschale Kriminalisierung von Migranten für die Partei **Die Rechte** ein Vehikel, um fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Im Jahr 2015 bezog die Partei ihre fremdenfeindliche Kampagne vor allem auf Flüchtlinge. So hetzte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Dortmunder Aktivist am 7. September 2015 in der Nähe des Dortmunder Hauptbahnhofs, an dem zahlreiche Flüchtlinge ankamen: „*Diese Menschen, die momentan zu Tausenden in unser Deutschland strömen, sind kriminell, haben kein Benehmen und diese werden hier in unserem geliebten Vaterland ihre kriminelle Ader [...] ausleben. Diese werden rauben, vergewaltigen und morden.*“ Auch im Dortmunder Stadtrat diffamierte der Ratsvertreter von **Die Rechte** Flüchtlinge und beendete seine Rede am 14. September 2015 zur Flüchtlings situation mit den Worten „*Deutschland den Deutschen. Ausländer raus.*“

Die Rechte greift weiterhin eine islamfeindliche Kampagne auf. So führt sie gegen Moscheebauvorhaben in Hamm und Grevenbroich Kampagnen durch und versucht, Ängste gegenüber Muslimen zu schüren, indem sie diese mit religiösen Extremisten und Terroristen gleichsetzt. Der Kreisverband Hamm spricht Muslimen gar mit „Blut und Boden“-Argumenten bürgerliche Rechte ab: „*DIE RECHTE lehnt es kategorisch ab, dass islamische, vom Ausland finanzierte Organisationen überhaupt in Deutschland Grund und Boden erwerben dürfen. Das Recht zum Erwerb von*

Grundeigentum sollte an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft sein, die sich wiederum an der ethnischen Abstammung zu orientieren hat.“

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt den Onlineversandhandel **Antisem Versand**, der mittels der Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck bringt. Den neuingerichteten Twitter-Account bewarb der Versand im Februar 2015 mit den Worten „*Folgt uns bei Twitter, ihr Antisemiten!*“. Die in einer Fußnote erfolgte Distanzierung ist angesichts langjähriger antisemitischer Aktivitäten nicht ernst zu nehmen. Ferner führten Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen wiederholt Veranstaltungen mit einer szenebekannten Leugnerin des Holocaust durch.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus. Auf der Versammlung des Kreisverbandes Hamm am 3. Oktober 2015 sagte ein Redner unter dem Beifall der Teilnehmer: „*Aber darum ist es doch wichtig, dass wir nach der Machtübernahme hier in den Schulen wieder Rassenunterricht bringen.*“ Den Rassismus vertreten sie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und verbinden ihn mit einem völkischen Nationalismus. Diesem Verständnis folgend kritisiert ein Beitrag des Kreisverbandes Hamm am 13. Januar 2015 Migration mit folgenden Worten: „*Mittlerweile leben zig Millionen Fremdvölkische in unserem Land und sorgen für eine Veränderung Deutschlands in Aussehen, Sprache, Kultur und genetischer Abstammung.*“ Auf Demonstrationen der Partei im Jahr 2015 lautet eine gebräuchliche Parole: „*Alles für Volk, Rasse und Nation.*“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt sich selbst in eine nationalsozialistische Tradition. Dennis Giemsch, bis November 2015 Landesvorsitzender, verbreitete am 10. September 2015 über Twitter den Tweet von Neonazis aus Jena: „*Wir sind keine Rechtsextremisten, sondern Nationalsozialisten!*“ Bei Demonstrationen führen Aktivisten des Kreisverbandes Dortmund oftmals ein Transparent mit dem Spruch „*25 Punkte gegen eure Verbote*“ mit. Mit der Zahl beziehen sie sich dabei symbolisch auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** skandieren die Teilnehmer regelmäßig „*Nationaler Sozialismus Jetzt!*“. Die Bekenntnisse zum Nationalsozialismus sind in der gesamten Bundespartei verbreitet. So schreibt etwa der Landesverband Sachsen-Anhalt am 29. Januar 2016: „*Grundsätzlich ist die Ideologie der Partei getragen, einerseits von traditionell empfindenden und denkenden, alten und jungen Nationalsozialisten [...] und andererseits von sozialen Nationalisten.*“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird von militanten Neonazis dominiert, die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Straftaten und darunter auch Gewalttaten auffielen. Im Jahr 2015 sind mehrere Partei-Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen wegen Volksverhetzung und Körperverletzungsdelikten verurteilt worden, darunter der Bezirksvertreter in Dortmund-Scharnhorst. Um weitere strafrechtliche Verfolgungen zu vermeiden, beschränken sich inzwischen in der Partei organisierte Neonazis überwiegend auf legale Aktionen. Trotz dieser taktischen Anpassung zeigt die Partei in zahlreichen Stellungnahmen und Aktionen ihre aggressiv-kämpf-

rische Haltung. Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften, der auf die Beherrschung des öffentlichen Raumes abzielt, fort. Die Demonstration des Landesverbandes am 1. Mai 2015 in Essen endete damit, dass Anhänger der Partei nach dem Ende Veranstaltung randalierend durch die Innenstadt zogen und fremdenfeindliche Parolen skandierten.

Diese aggressiv-kämpferische Haltung schlägt sich auch in Stellungnahmen und Aktivitäten gegenüber Flüchtlingen nieder. Der Bundesvorsitzende äußerte sich in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Oktober 2015 zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und sprach davon, dass es eine „elegante Aktion“ sei, eine Flüchtlingsunterkunft durch einen Wasserschaden unbewohnbar zu machen. Schließlich gehe man bei einer solchen Tat strafrechtlich nicht so ein hohes Risiko ein, wie bei einer Brandstiftung. Um beispielsweise Flüchtlinge einzuschüchtern, zogen Aktivisten des Dortmunder Kreisverbandes am Abend des 6. Februar 2015 mit Fackeln vor einer Flüchtlingsunterkunft, skandierten fremdenfeindliche Parolen und warfen Böller.



Die Partei **Die Rechte** beim Fackelzug vor einer Flüchtlingsunterkunft.

Eine solche Haltung basiert auf einem Freund-Feind-Denken, nach dem politische Gegner und Migranten Feinde sind, gegen die man alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung einzusetzen habe. So äußerte sich der in Dortmund aktivestellvertretende Bundesvorsitzende der Partei bei einer Kundgebung am 7. September 2015 folgendermaßen: „Ich hoffe, dass diese geisteskranken Subjekte, die täglich an den Bahnhöfen in den verschiedenen Städten stehen und die Asylbetrüger begrüßen, dass die Männer unter euch brutal zusammengeschlagen und

*ausgeraubt werden und den Frauen wünsche ich dazu noch eine Vergewaltigung von den Asyl betrügern.“ Nachdem in der sächsischen Stadt Heidenau rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen gegen ein Flüchtlingsheim stattfanden, veröffentlichte der stellvertretende Landesvorsitzende auf der Webseite seines **Antisem Versands** ein Angebot, das unterschwellig Gewalt befürwortete: „*Ab sofort erhält jeder Besteller aus dem gesamten Landkreis Sächsische Schweiz [...] bei den Aufklebermotiven „Asylheime dichtmachen,“ und „Ausländer rein – wir sagen nein“ die doppelte Menge. [...] Außerdem gibt es bei jeder Bestellung einer Steinschleuder „Zwille“, die in keinem deutschen Haushalt fehlen sollte, 50 Stahlkugeln gratis dazu.*“*

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. In der Silvesternacht 2015 blieb es in Dortmund jedoch nicht bei Einschüchterungsversuchen, sondern eine Gruppe von rund 20 Anhängern von **Die Rechte** griff mehrere Polizisten an, beschoss die Beamten mit Raketen und warf Flaschen auf sie.

Meistens formulieren die Parteaktivisten Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist. So schrieb der Landesvorsitzende Dennis Giemsch am 2. September 2015 einen Beitrag zur Flüchtlingssituation, in dem es heißt: „*Alle Proteste, die sich direkte gegen die Einwanderer richten, sind Proteste gegen Symptome (sic!), nicht aber gegen die Krankheit. [...] Währenddessen laufen die Politiker, die für all das die Verantwortung tragen, ohne Polizeischutz durch die Straßen und machen unbehelligt weiter wie bisher [...].*“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

Der Bundesverband ist im letzten Jahr weiter gewachsen. Inzwischen umfasst die Partei zehn Landesverbände, mit Bremen eine Landesgruppe und annähernd 30 Kreisverbände. Zwischen den Landesverbänden gibt es weiterhin gravierende strukturelle Unterschiede. So sind im Landesverband Nordrhein-Westfalen rund 300 Mitglieder organisiert, dagegen zählen mehrere andere Landesverbände kaum mehr als 30 Mitglieder. Außerdem dürften einige Kreisverbände nur auf dem Papier beziehungsweise bei Facebook existieren. Trotz des Wachstums spielt **Die Rechte** nur in einigen wenigen Regionen eine nennenswerte Rolle.

Die neonazistische Prägung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, der der erste und der größte Landesverband der Partei ist, wirkt sich bis heute auf die weitere Parteientwicklung aus. In die Partei sind zuletzt vor allem Personen aus der Neonazi-Szene und ehemalige **NPD**-Mitglieder eingetreten. Der Zustand der Partei ist immer noch fragil: Der Landesverband Berlin

Demonstrationsplakate
der Partei Die Rechte
in verschiedenen
Städten



ist nahezu inaktiv. Die Landesverbände Hessen und Sachsen hatten sich bereits aufgelöst, wobei ehemalige **NPD**-Mitglieder den sächsischen Landesverband nun wieder neu gründeten. Der Bundesverband setzt bisher kaum Impulse. So verfügt die Partei immer noch nicht über eine eigene Geschäftsstelle und residiert unter der Privatanschrift des Bundesvorsitzenden.

Der Parteigründer achtet darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt. Aus diesen Beweggründen ist der Landesverband Baden-Württemberg bei der Landtagswahl in einigen Wahlkreisen und der Landesverband Sachsen-Anhalt landesweit zu den dortigen Landtagswahlen am 13. März 2016 angetreten. Der Bundesverband lässt keine Zweifel daran, dass sich **Die Rechte** auch im Wahlkampf im Rechtsextremismus verortet. So heißt es in einem Beitrag am 24. Januar 2016 auf ihrer Webseite: „*Die Partei tritt in ihrem schwierigen Wahlkampf nicht mit populistischen, sondern mit extrem rechten und stringenten Positionen und sozialpolitischen Zielen an!*“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Dortmunder Kreisverband haben weiterhin großen Einfluss auf den Bundesverband und haben für Teile der Partei Modellcha-

rakter. Die Strategie, mit provokanten Aktionen Öffentlichkeit zu erreichen, übernehmen mehrere Landes- und Kreisverbände. Beispielsweise wirbt der baden-württembergische Landesverband in Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP mit einem 25-Punkte-Programm zur anstehenden Landtagswahl. Diese Provokation kopierten sie vom Dortmunder Kreisverband, der zur Kommunalwahl 2014 ebenfalls mit einem 25-Punkte-Programm antrat.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bildet im Wesentlichen eine Auffangstruktur für die 2012 verbotenen Kameradschaften. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisiert die Partei in Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten. Seit 2015 stagniert die Entwicklung der Parteistrukturen des Landesverbandes. In Nordrhein-Westfalen gibt es elf Kreisverbände. Allerdings unterscheiden sie sich stark in Hinblick auf ihre Struktur und ihr Aktivitätsniveau. Während der Dortmunder Kreisverband hochaktiv ist, gehen von einigen Kreisverbänden keine Aktivitäten aus, wie etwa der Kreisverband Mülheim/Essen/Wesel, während andere wiederum scheinbar nur virtuell existieren wie der Kreisverband Hochsauerlandkreis.

Der ehemalige Landesvorsitzende Giemsch verkündete beim letzten Landesparteitag am 11. Oktober 2014, dass der Landesverband keine politische Funktion habe, sondern lediglich eine Verwaltungseinheit sei. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** lehnt somit eine politische Willensbildung auf Landesebene ab und veröffentlicht dementsprechend auf seiner Webseite keine Beiträge zu politischen Themen. Laut Giemsch seien die Kreisverbände die eigentlichen politischen Akteure, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, dezentrale Strukturen der Neonazi-Szene in vormalen lokalen Kameradschaften in eine Parteorganisation zu überführen. Die meisten Mitglieder dürften ihre Organisation ebenfalls weiterhin nicht als Partei begreifen. Hauptsächlich geht es den Aktivisten darum ihre „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ vor staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen. So werden Demonstrationen, Mahnwachen, Geburtstagspartys, Rechtsrockkonzerte und Sonnenwendfeiern nunmehr als Parteiveranstaltungen ausgewiesen.

Gelegentlich wird im Namen des Landesverbandes eine Demonstration angemeldet. In der Regel handelt es sich aber tatsächlich um Demonstrationen des Dortmunder Kreisverbandes, die auch in Dortmund stattfinden. Eine Ausnahme stellt die Versammlung mit Demonstration am 1. Mai 2015 in Essen dar, die der Landesverband veranstaltete. Daran beteiligten sich rund 400 Personen, wobei neben Parteimitgliedern auch Neonazis aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern teilnahmen. Mit den schwarz-weiß-roten Fahnen, dem aggressiven Habitus und fremdenfeindlichen Parolen folgte die Veranstaltung dem Stil der verbotenen Kameradschaften. Ursprünglich sollte die Demonstrationsroute nach Gelsenkirchen führen und dort eine Abschlusskundgebung stattfinden. Weil Bürger die Straße blockierten, kehrten die Rechtsextremisten

jedoch wieder zum Essener Hauptbahnhof zurück. Rund 100 Rechtsextremisten randalierten anschließend in der Innenstadt und bedrohten Passanten.



Versammlung des Landesverbanden in Essen

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der Hauptakteur im Landesverband. Er hat eine hochaktive Anhängerschaft von bis zu 80 Personen in Dortmund und seinen Nachbarstädten. Der Landesvorsitzende sowie zwei weitere Personen des Landesvorstandes stammen aus dem Dortmunder Kreisverband und auch der stellvertretende Bundesvorsitzende stammt aus Dortmund. Der Kreisverband ist in der deutschen rechtsextremistischen Szene gut vernetzt und pflegt darüber hinaus internationale Kontakte, insbesondere nach Osteuropa und zur militant rechtsextremistischen Partei Goldene Morgenröte in Griechenland.

Die Rechte in Dortmund hat einen Sitz im Stadtrat sowie jeweils einen Sitz in drei Bezirksvertretungen. Eine Beteiligung an der Gremienarbeit findet jedoch nicht statt. Vielmehr werden die Sitzungen des Rates und der Bezirksvertretungen als öffentliche Bühne und Informations- und Finanzierungssquelle genutzt, wie ein Beitrag der Partei bereits 2014 verdeutlichte: „*Mit Provokation und kontinuierlichen Störmäövern im parlamentarischen Alltag werden wir unsere Standpunkte verdeutlichen, während gleichzeitig Informationen und Gelder fließen, die den politischen Kampf unterstützen.*“ Obwohl sich **Die Rechte** und die **NPD** in Dortmund bis zur Wahl heftig befehdeten, beabsichtigten sie später eine gemeinsame Ratsgruppe zu bilden, um somit jährlich mit über 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln bezuschusst zu werden. Da die Stadt Dortmund

den Gruppenstatus zunächst nicht anerkannte, klagten die beiden rechtsextremistischen Parteien. Das OVG Münster stellte im Februar 2016 in einem einstweiligen Beschluss den Gruppenstatus fest, weil „*die Gruppenmitglieder mit ihrem Zusammenschluss den Zweck verfolgen, möglichst gleichgerichtet zusammenzuwirken.*“

Nachdem im Dortmunder Stadtrat bereits nach wenigen Wochen der gewählte Vertreter von **Die Rechte**, Siegfried Borchardt, sein Mandat abgab, rückte der Landesvorsitzende, Dennis Giemsch, in den Rat nach. Im April 2015 gab er ebenfalls sein Mandat ab, so dass der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Brück nachrückte. Während Giemsch im Stadtrat zahlreiche fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte Anfragen stellte, schaltet sich Brück mehr in die Debatten des Stadtrates ein und versucht mit rechtsextremistischen Reden zu provozieren. In Beiträgen zu Flüchtlingssituation hat er mehrfach die Privatadresse des Dortmunder Oberbürgermeisters genannt und vorgeschlagen, dort eine Flüchtlingsunterkunft einzurichten. Solche Vorschläge zielen darauf ab, dem Oberbürgermeister zu signalisieren, dass die Rechtsextremisten wissen, wo er wohnt, um ihn damit einzuschüchtern.

Dieses Vorgehen gehört zur Strategie des Kreisverbandes, durch Provokation und Droggebärden in der Öffentlichkeit zu wirken. Einschüchterungsversuche gelten auch Journalisten, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen. Beispielsweise veröffentlichte **Die Rechte** in einem Artikel am 6. Oktober 2015 die Privatadresse eines Journalisten und rief zu Hausbesuchen auf. Bei Drehterminen von Journalisten in der Nähe von mehreren rechtsextremistischen Wohngemeinschaften erschienen umgehend Aktivisten von **Die Rechte** und filmten mit Handys die Pressevertreter.

Im Sinne dieser Strategie versuchen Aktivisten von **Die Rechte** in Dortmund auch, an Bürgerversammlungen zu geplanten Asylbewerberheimen teilzunehmen. Bei einer entsprechenden Veranstaltung in Dortmund-Eving nutzten die Aktivisten das Forum zur Verbreitung fremdenfeindlicher Propaganda, traten dort aggressiv auf und störten. Sie schreckten auch nicht vor Beleidigungen der Versammlungsleiterin („Judenhure“) und Gewaltausübungen gegen Polizeibeamte zurück.

Im Jahr 2015 führte die Partei 56 Versammlungen in Dortmund durch. Die größte Veranstaltung mit annähernd 1.000 Teilnehmern fand am 28. März 2015 statt. Die relativ hohe Teilnehmerzahl erzielte die Partei, indem sie nach der Demonstration und Kundgebung eine Versammlung durchführte, auf der sich Redebeiträge und Rechtsrock abwechselten. Die Veranstaltung fand am zehnjährigen Todestag von Thomas S., der von einem Dortmunder Rechtsextremisten erschlagen wurde, statt. Die Auswahl dieses Termins für die Veranstaltung unter dem Motto „Wir sind das Volk“ war insofern eine bewusste Provokation der Stadtöffentlichkeit. Des Weiteren veranstaltete **Die Rechte** in Dortmund am 23. August 2015 eine Versammlung in der Innenstadt, um gegen das 2012 vom Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen ausgesprochene Verbot des „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO), aber auch gegen die Verbote anderer rechtsextremistischer Organisationen zu demonstrieren. Daran nahmen rund

100 Personen teil, die sowohl Anhänger der Partei **Die Rechte** sind, als auch in großer Zahl den verbotenen Kameradschaften angehörten. Damit machten die Rechtsextremisten deutlich, dass sie die Partei **Die Rechte** als Fortführung der verbotenen Kameradschaften begreifen. Darüber hinaus organisierte der Dortmunder Kreisverband nahezu wöchentlich Versammlungen gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in mehreren Stadtteilen. Es gelang ihnen dabei aber nicht, die Anwohnerschaft zur Teilnahme zu bewegen.

Der Kreisverband **Die Rechte** bemüht sich, ein Klima der Angst zu schaffen. Als die evangelische Kirche einer Familie Kirchenasyl gewährte, griffen die Rechtsextremisten das Thema auf und veröffentlichten am 13. Mai 2015 ein perfides Fahndungsplakat, wie man es aus Western-Filmen kennt. Damit wollten sie suggerieren, dass sie tatsächlich nach der Familie fahnden. Auch 2015 setzte der Kreisverband Dortmund die Aktivitäten des „Rechten Stadtschutzes Dortmund“ fort, der in der Art einer Bürgerwehr mit einheitlichen T-Shirts auftritt, um vorgeblich für Ordnung zu sorgen. Die Partei versuchte mit dieser publicityträchtigen Provokation, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Bei dem Versuch, Homosexuelle mit dem Auftritt des Stadtschutzes Angst einzujagen, blamierten sich die Rechtsextremisten allerdings durch eine einfältige Selbstdarstellung. Wie in den Vorjahren störten die Anhänger von **Die Rechte** eine Gedenkveranstaltung am Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2015.



Mitglieder von **Die Rechte** Dortmund als selbsternannter Stadtschutz.

Der Kreisverband Dortmund ist deutschlandweit vernetzt. Führende Aktivisten aus Dortmund treten Deutschlandweit als Redner auf. So sollte Michael Brück als Redner beim sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg) auftreten. Nur der frühzeitige Abbruch der Veranstaltung verhinderte seinen Auftritt. Der TddZ ist eine neonazistische Demonstrationsreihe, die seit sieben Jahren jedes Jahr an einem anderen Ort stattfindet. Im Jahr 2016 soll der TddZ am 4. Juni erstmals in Dortmund stattfinden. Weiterhin pflegt der Kreisverband Kontakte zu Rechtsextremisten im Ausland. Beispielsweise besuchten Dortmunder Aktivisten im Januar und Februar 2015 rechtsextremistische Aufmärsche in Bulgarien, Ungarn und Athen.



WHITE KIDS GONNA FIGHT
Diese Seite gefällt mir · 16. Dezember 2015

DORTMUND-Lüttgendortmund legt nach

WHITE KIDS GONNA FIGHT So ist der Lauf der Dinge ... das alte muss dem neuen weichen.
24. Dezember 2015 um 00:01

I weitere Antwort anzeigen

WHITE KIDS GONNA FIGHT Um den ganzen Antifa-Zecken-Schiss zu übersprühen reicht es
24. Dezember 2015 um 07:08

Wie bereits im Jahr 2014 organisierte **Die Rechte** Dortmund am 5. September 2015 ein Rechtsrockkonzert in Sachsen. An dem Open-Air-Konzert nahmen fast 650 Besucher teil. Damit war es 2015 das größte Konzert in Deutschland. In Dortmund veranstaltete der Kreisverband im Oktober 2015 einen Balladenabend mit dem in der rechtsextremistischen Szene populären **Lunikoff**.

Kreisverbände Aachen und Heinsberg

Die gemeinsam agierenden Kreisverbände Aachen und Heinsberg, die weitgehend eine Auffangstruktur für die verbotene **Kameradschaft Aachener Land** sind, traten 2015 kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Zwar nahmen kleinere Gruppen von Mitgliedern an den meisten größeren rechtsextremistischen Versammlungen in Nordrhein-Westfalen sowie dem sogenannten Trauermarsch in Remagen (Rheinland-Pfalz) teil, allerdings verzichteten sie auf eigene Transparente oder gleiche T-Shirts, um sich als Gruppe darzustellen. Darüber hinaus unternahmen sie eher erlebnisorientierte Aktivitäten. Am 5. September 2015 veranstalteten sie eine Party mit einem Auftritt des Rechtsrappers **Makss Damage** unter dem Motto „Party für Deutsche“. Auf der Party trug ein führendes Mitglied der beiden Kreisverbände ein T-Shirt mit dem Text „Terrormaschine – **Combat 18**“ sowie einem aufgedruckten Gewehr. **Combat 18** gilt als bewaffneter

Arm des internationalen rechtsextremistischen Netzwerks **Blood & Honour**, das in Deutschland verboten ist. Unter dem Namen **Syndikat 52** veröffentlichen Mitglieder der Partei **Die Rechte** ein weiteres Facebook-Profil, das sich zum einen um jugendkulturelle Affinität bemüht, zum anderen mit militanter Aufmachung kokettiert.

Kreisverband Hamm

Die Rechte Hamm zeigt sich weiterhin als aktiver Kreisverband. Am 3. Oktober 2015 veranstaltete der Kreisverband wie in den Vorjahren eine Demonstration, an der circa 300 Rechtsextremisten von **Die Rechte**, der **NPD** und aus dem Neonazispektrum teilnahmen. Die Reden waren fremdenfeindlich und rassistisch und richteten sich insbesondere gegen Flüchtlinge. Mit ihrem martialischem Auftreten und Bekenntnissen zum Nationalsozialismus diente die Veranstaltung nicht dazu, Bürger anzusprechen und politisch zu überzeugen, sondern der ideologischen Selbstvergewisserung, der Vernetzung der rechtsextremistischen Szene und der Einschüchterung des politischen Gegners. Weiterhin führte **Die Rechte** kleinere Mahnmachen und Kundgebungen durch, um mit fremdenfeindlichen Parolen Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen.

Gemeinsam mit den **NPD**-Kreisverbänden Unna/Hamm sowie Oberhausen fuhr der Hammer Kreisverband von **Die Rechte** Anfang Mai 2015 nach Brüssel und besuchte dort Udo Voigt, den Europaabgeordneten der **NPD**, sowie eine Podiumsdiskussion mit einem britischen Holocaustleugner. Weiterhin veranstaltete der Kreisverband zwei Liederabende, auf denen die Musiker einschlägige rechtsextremistische Songs spielten.

Der Vertreter von **Die Rechte** im Stadtrat versuchte das öffentliche Forum zu nutzen, indem er mit Anträgen und Anfragen Minderheiten und Migranten als Sündenböcke für kommunale Probleme darstellte. Auf seiner Webseite zeigt der Kreisverband immer wieder, dass er ideologisch fest im völkischen Nationalismus verwurzelt ist. So kritisiert er beispielsweise in einem Beitrag vom 13. Januar 2015, dass durch Migration „Fremdvölkische“ in das Land kämen und die „genetische Abstammung“ verändern würden.

Kreisverband Rhein-Erft

Obwohl der Kreisverband Rhein-Erft nur aus wenigen Aktivisten besteht, entwickelt er relativ viele Aktivitäten. Mehrfach bemühte sich der Kreisverband, auf Informationsveranstaltungen zur Flüchtlings situation für Bürger Einfluss nehmen. So verteilten Aktivisten von **Die Rechte** beispielsweise vor einer Veranstaltung am 16. April 2015 in Wesseling Flugblätter und versuchten in der Veranstaltung Vorurteile über Flüchtlinge zu verbreiten und damit Ängste und Hass zu schüren. Ferner mahnwachte der Kreisverband mehrmals mit einer Handvoll von Mitgliedern in verschiedenen Fußgängerzonen des Rhein-Erft-Kreises. An zahlreichen größeren rechtsextremistischen Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern nahm eine Gruppe



aus dem Kreisverband teil und zeigte ihr Banner, das negative Stimmung gegen Flüchtlinge machen soll. Wie im Vorjahr organisierte die Partei eine Veranstaltung mit Holocaust-Leugnern, zu der ein überregionales Publikum aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen kam. Auf seiner Webseite verbreitet **Die Rechte** Rhein-Erft kontinuierlich rechtsextremistische Propaganda, wobei der Schwerpunkt im Jahr 2015 auf der Hetze gegen Flüchtlinge lag. Auf ihrem inzwischen nicht mehr existenten Facebook-Profil kommentierte ein Besucher am 1. Juni 2015 einen Aufruf zu einer Anti-Asyl-Demo mit den menschenverachtenden Worten: „*Ich werfe 5 Euro in meine Spardose für jeden Erstochenens Asylaffen, mal sehen wenn (sic!) ich in den Urlaub fahren kann???*“

Aktivitäten in weiteren Kreisverbänden

Bei einzelnen Veranstaltungen fand eine Zusammenarbeit mehrerer Kreisverbände statt. So beteiligten sich Aktivisten aus verschiedenen Kreisverbänden an einer Veranstaltung am 8. Mai 2015, bei der sie die Niederlage Nazi-Deutschlands mit einem Fackelmarsch und einer nicht-öffentlichen Kundgebung betrauterten.

Der Kreisverband Düsseldorf/Mettmann/Solingen 2015 trat wenig öffentlich in Erscheinung. Zwei Führungsaktivisten waren lediglich als Redner beziehungsweise als Versammlungsleiterin bei rechtsextremistischen Versammlungen außerhalb Düsseldorfs aktiv. Der Ortsverband Neuss/Grevenbroich setzte zunächst seine Kampagne gegen den Neubau einer Moschee in Grevenbroich auf seinem Facebook-Profil fort und diffamierte Flüchtlinge. Seit Mitte 2015 stellte der Ortverband seine Aktivitäten ein.

Mitglieder des Wuppertaler Kreisverbands fielen im Mai 2015 damit auf, dass sie widerrechtlich in eine Flüchtlingsunterkunft eindrangen, Fotos schossen und diese veröffentlichten. Ansonsten führten sie zwei kleinere Versammlungen im Februar und März 2016 durch, um gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft agitieren. Als am 14. März 2015 Pegida NRW eine Kundgebung mit Demonstration in Wuppertal veranstaltete, um gegen den Auftritt von Salafisten zu protestieren, schlossen sich die Aktivisten von **Die Rechte** an. Ansonsten reisten einzelne Mitglieder wiederholt nach Dortmund, um sich an den Demonstrationen des dortigen Kreisverbandes zu beteiligen. Der Wuppertaler Kreisverband fällt dadurch auf, dass er besonders intensiv Twitter nutzt, um seine Hetze zu verbreiten.

Die Rechte Ostwestfalen-Lippe fand 2015 zunächst nur virtuell als Facebook-Profil statt. Am 16. Januar 2016 wurde dann der Kreisverband tatsächlich gegründet. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder den früheren Kreisvorsitzenden von **Die Rechte** Hamm.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Bundespartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** pro Forma einige parteitypische Aktivitäten auf. Nach anfänglicher Konkurrenz zur **NPD** findet immer mehr eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien statt, wobei die Mitglieder von **Die Rechte** deutlich actionistischer ausgerichtet sind.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_dierechte